

Von Gefängnissuiten und Blechpolizisten

Am vergangenen Dienstag fand die Grossratssitzung wegen des Umbaus des Grossratsgebäudes erstmals im Kultur- und Kongresshaus Aarau statt. Anfangs September wird der Grosse Rat dann wieder in sein angestammtes Gebäude zurückkehren dürfen.

Eingangs der Sitzung wies die Grossratspräsidentin auf das aktuelle 25-jährige Jubiläum der Aargauer Kantonsverfassung hin und liess keinen Zweifel daran, dass die Verfassung nach wie vor ein mehr als taugliches Werk ist.

Die Antwort des Regierungsrates auf eine Interpellation der CVP-Fraktion zum Einkauf von externen Dienstleistungen respektive Umfang der Mandate an Beratungsfirmen veranlasste deren Fraktionssprecher zur wohl berechtigten Feststellung, gewisse Firmen würden sich am Staat gesundstossen.

Für eine hitzige Debatte sorgte das geplante Zentralgefängnis Lenzburg. Obwohl das Bauvorhaben grundsätzlich unbestritten war, stellte die SVP-Fraktion unter anderem wegen der happigen Investitionskosten von Fr. 35'000'000.00 sowie den massiven jährlich wiederkehrenden Mehrkosten von Fr. 2'200'000.00 einen Rückweisungsantrag und forderte die Unterstellung unter das fakultative Referendum. Auch wenn der Innendirektor den Vergleich nicht gelten liess, ist es schon frappant, wenn in einem - mit einem Gefängnisbau bezüglich Infrastruktur durchaus zu vergleichenden - Modellhotelprojekt ein Viersternhotelzimmer rund Fr. 187'000.00 kostet und ein Gefängniszimmer mit Fr. 330'000.00 auf beinahe das Doppelte zu stehen kommt! Ebenso zu denken gibt es, wenn die Zentralisierung der Bezirksgefängnisse zu massiven jährlichen Mehrkosten führt. Wo bleibt da der bei Zentralisierungsübungen stets hochgejubelte Synergieeffekt?

Nachdem das Gefängnisprojekt mit 89 zu 39 Stimmen (alle SVP) genehmigt worden war, nahm der Kredit - Minergie für Fr. 200'000.000 inklusive - die Hürde mit 68 zu 57 Stimmen, wobei der Antrag der Grünen von vielen SVP-Ja befördert wurde. Schliesslich segnete der Grosse Rat auch die wiederkehrenden Mehrausgaben mit 90 zu 38 Stimmen ab. Aus rechtlichen Gründen sprach die Grossratspräsidentin der Vorlage die Referendumsfähigkeit ab, was ihr seitens der SVP-Fraktion den Vorwurf des offenen Verfassungsbruchs und die Androhung einer staatsrechtlichen Beschwerde eintrug. *Affaire à suivre...*

Engagiert diskutiert wurde auch zum Postulat Richner, das wieder einmal die Einführung von "Blechpolizisten", d.h. ortsfesten, automatischen Geschwindigkeitsradargeräten in Aargau forderte. Die Überweisung wurde - wenn auch äusserst knapp - mit 61 zu 59 Stimmen abgelehnt.

Bereits um 12.30 Uhr wurden die Grossrätinnen und Grossräte wieder in ihre Bezirke entlassen. Das erklärt auch die Kürze dieses Ratsberichts.